

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abt. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabett nach Tarif, der jedoch bei Abnahme von 10 Blättern ermäßigt wird. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Die einseitige Beile oder deren Kaum. 18 Bfg. die Anzeigengabe 45 Bfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Bfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Die einseitige Beile oder deren Kaum. 18 Bfg. die Anzeigengabe 45 Bfg. Lieferung der Zeitung / Volkshochschule Stuttgart 5750 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 139

Altensteig, Freitag den 17. Juni 1932

55. Jahrgang

Eröffnungsrede Macdonalds in Lausanne

Ein Ruf zu ganzer Arbeit

Lausanne, 16. Juni. Die feierliche Eröffnungsfeier der Lausanner Konferenz begann vormittags um 10 Uhr in dem Renaissanceaal des Hotels Beauvillage. An einem bufelförmigen Tisch hatten zur Linken des Präsidenten Macdonald die Mitglieder der englischen Delegation Chamberlain, Samuel, Simon und Runciman, anschließend die deutschen Delegierten Reichskanzler von Papen, Reichsaussenminister Freytag-Lubnowitz, Finanzminister Graf von Schwerin-Krosigk und Wirtschaftsminister Warmbold, zur Rechten die französischen Delegierten Ministerpräsident Herriot, Finanzminister Germain-Martin, Handelsminister Julien Durand, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Paganon und Bonnet. Weiter die italienische Delegation mit Orlando, Mosconi, Zanussi und Pirelli Platz genommen. An den beiden Enden schlossen sich zur Linken die Abordnungen Japans, Australiens, Kanadas, Griechenlands, Portugals und Jugoslawiens, zur Rechten die Belgiers, der Tschechoslowaken, Neuseelands, Polens und Südafrikas. Eine große Zahl von Journalisten aller Länder und eine sehr beträchtliche Anzahl Zuhörer aus dem Publikum verfolgten die umfangreiche Versammlung.

Nach Begrüßungsworten des schweizerischen Bundespräsidenten Motta, der neben Macdonald Platz genommen hatte, ergriff Macdonald das Wort. Er wies darauf hin, daß die Konferenz im Schatten der bedenklichsten Wirtschaftskrise zusammengetreten ist, die jemals die Welt in Friedenszeiten betroffen habe. Die ganze Welt steht auf uns, so führte er aus, und hat niemals von einer internationalen Konferenz früher so dringende Abmachungen erwartet als jetzt, die zur Beseitigung der bestehenden Notlage beitragen können. Vor kurzem hat das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes und darüber unterrichtet, daß der Wert des internationalen Handels heute nur noch die Hälfte oder vielleicht weniger als die Hälfte dessen ausmacht, was er Anfang 1929 betrug, daß die Zahl der Arbeitslosen sich mehr als verdoppelt hat und 20 bis 25 Millionen Menschen heute ohne Arbeit sind, und daß diese Lage täglich schlechter wird. Ich lese Wert darauf zu betonen, daß es sich

um eine Weltkatastrophe handelt.

Es kommt nicht auf die Richtung der Regierung an, die an der Spitze steht. In jedem Falle verläßt der Staat in Armut und das Einkommen der Völker geht zurück, die Fürsorgeabnahmen müssen eingeschränkt werden, wenn Sanftmut vermieden werden sollen. Die Hilfe, die die Gemeinschaft des Einzelnen geben kann, muß verringert werden. Die Lebenshaltung, die der Zivilisationsstufe entspricht, sinkt ab, und um seine Finanzen zu schützen, hat ein Staat nach dem anderen Einschränkungen des Außenhandels vornehmen müssen, die unheimlich dazu beitragen haben, die Abdriftung zu verschlimmern, in der sich die Völker befinden. Macdonald betonte, daß es keinen Unterschied zwischen Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika oder Großbritannien und der übrigen Welt in diesem Mischschiff gebe. Es handle sich um ein System, das unter unseren Füßen zusammenbrechen. Niemand könne bei dem Wiederaufbau sich fernhalten. Wenn man feststelle, daß eine Politik betrieben worden sei, die die einfachsten Wirtschaftsarbeitsverhältnisse verletzt habe, von denen die Wohlfahrt und der internationale Güterausgleich, die Aufrechterhaltung vernünftiger Preise und die Konsumfähigkeit abhängen, so müsse man sich entschließen, vorübergehend den Preis zu senken, der eine Umkehr von allem fordere. Mit klarem Blick und ruhigen Nerven sei das zu erreichen.

Man habe heute einen Teil der Ursachen dieser Notlage zu behandeln, eine dringende Frage: Die finanzielle Erbschaft des Krieges, ihre Wirkung auf die Weltwirtschaft müsse durch ein Abkommen liquidiert werden. Dies könne nicht das Ende der staatsmännlichen Arbeit sein, aber ein wirksamer Beginn. Macdonald zitierte aus dem Basler Gutachten die bekannten Ermahnungen an die Regierungen, ohne Versuch zu Entscheidungen zu kommen, um Vertrauen als Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität und des wirtschaftlichen Friedens wieder herzustellen und unterstrich seinerzeit diesen Appell, dessen Dringlichkeit in der Zwischenzeit so verstärkt worden sei. Im weiteren legte der Premierminister die politischen und psychologischen Verursachen des gegenwärtigen Zustandes dar und erklärte, daß die Aufgabe nicht nur eine technische, sondern eine solche der Grundtatsache sei. Ein Grundgesetz sei sicherlich sehr klar der Konferenz unterbreitet: Feierlich eingetragene Verpflichtungen könnten nicht durch einseitige Verleugnung beseitigt werden. Aber dieses Prinzip werde, wie er überzeugt sei, von niemand angefochten. Diesem Prinzip stübe aber die Notwendigkeit gegenüber, Verpflichtungen, die sich als unerfüllbar erwiesen hätten, durch Uebereinkunft zu revidieren. Beide Teile eines Abkommens müssen immer bereit sein, die Tatsachen in Erwägung zu ziehen, und unter diesen Umständen sei nicht nur zu ermitteln, ob die bisher aufgestellten Pläne unumwälzbare Kosten verursachen würden, sondern ob sie durch ihre wirtschaftliche, finanzielle und handelsmäßige Unverträglichkeit zu dem bekümmerten wirtschaftlichen Zustand beitragen würden, in dem sich die Welt heute befinde.

Die Einladung, so lud Macdonald fort, der wir hier heute geleistet haben, legt uns

eine Arbeit großen Maßstabes

auf. Wir müssen die destruktiven Einflüsse im ganzen beseitigen. Wenn wir das tun, so kann Europa nicht allein handeln. Die Einheit der Menschheit ist heute mehr als ein Schlagwort und es hat eine außerordentliche praktische Bedeutung. Wir können deshalb alle die Zusicherung willkommen heißen, daß nach Ueberwindung der gegenwärtigen Phase die Vereinigten Staaten uns zu dem Glauben ermutigt haben, daß sie bei der Prüfung einiger dieser weitestgehenden Probleme mitarbeiten werden und sich mit uns vereinen werden, um eine Politik für die Aufrechterhaltung der Zivilisation zu schaffen, die auf der Wohlfahrt aller Nationen, auf ihrer steigenden wirtschaftlichen Tätigkeit, ihrem internationalen Güterausgleich und auf einem glücklichen Dasein der Massen beruht.

Der Erfolg in Lausanne kann nicht voll erreicht werden ohne Erfolg in Genf. Wenn Staatsmännern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden soll, die uns hier hauptsächlich beschäftigen, so muß eine Periode wirtschaftlicher Ruhe erwirkelt werden, in der die Völker ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in Ordnung bringen können, ohne durch Kriege und Kriegsgelächter behindert zu werden.

Macdonald schloß mit warmen Wünschen für die Erfüllung der Aufgabe, deren Schwierigkeiten er nicht vorbeiden kann. Die Größe dieser Aufgabe müsse nur und Entschlossenheit für ihre Lösung schaffen. Die Rücksicht auf die öffentliche Meinung kann bei großen Aufgaben den Völkern schaden, daß sie, statt sich zu entschlüsseln, beständig abwehrig antworten. „Mein Wunsch an diese Konferenz ist“, so schloß Macdonald, „nichts außer Schwäche zu überwinden, und aus den Beratungskammern, von denen unsere künftige Arbeit ausgeht, kluge Vorschläge hervorgehen zu lassen, die durch ihren bloßen Charakter die Unterstützung der ganzen Welt sich sichern.“

Vor der Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten war auf Vorschlag Herriots, den Grandi unterstützte, durch Handschreiben Macdonald zum Präsidenten der Konferenz gewählt worden.

Morgen Generaldebatte in Lausanne

Lausanne, 16. Juni. In der heutigen Nachmittagssitzung wurde das Programm für die morgige Sitzung aufgestellt. Es wurde die Vertraulichkeit der Beratungen vereinbart. Die Öffentlichkeit soll aber wiederhergestellt werden, sobald greifbarere Ergebnisse vorliegen oder allgemeines Interesse besteht.

Reichskanzler von Papen wird morgen mit der Darlegung des deutschen Standpunktes beginnen; ihm folgen Herriot, Chamberlain, Grandi und ein Vertreter Belgiens. Die Generaldebatte wird bereits morgen zu Ende gehen.

Die verschiedenen gemeldeten heutigen Besuche verliefen durchweg zufriedenstellend und zeigten auf allen Seiten guten Willen, der die alleinige Grundlage für die Lösung der schwierigsten Probleme bildet. Deutschseits ist besonders im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse eine Darlegung der innen- und außenpolitischen Ziele des Kabinetts von Papen erfolgt. In seiner Besprechung mit den englischen Staatsmännern hat Reichsaussenminister Freytag von Neurath die Arbeit fortzuführen können, die er in London begonnen hatte.

Unterredung von Papen—Herriot

Genf, 16. Juni. Bei der Besprechung, die Reichskanzler von Papen Donnerstag mittags mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot hatte, gab er diesem eine Darlegung der innenpolitischen Situation in Deutschland, die er in ihren Einzelheiten schilderte. Weiter wurde eine eingehende Besprechung der ganzen Konferenzgegenstände durchgeführt, die in freundschaftlichen Formen verlief und als ergiebig angesehen werden darf. Die Besprechung dauerte über eine Stunde.

Persönliche Fühlungnahme zwischen den Lausanner Delegierten

Lausanne, 16. Juni. Im Laufe des Nachmittags hatten Reichskanzler von Papen dem englischen Premierminister und Reichsaussenminister Freytag von Neurath dem englischen Außenminister Sir John Simon Besuche ab. Abschieden von der persönlichen Fühlungnahme gelten diese Unterhaltungen einer gegenseitigen Darlegung des auf der Konferenz einzunehmenden Standpunktes der beiden Delegationen. Im weiteren Verlauf des Tages hatten der französische Ministerpräsident Herriot dem Reichskanzler einen Besuchsbesuch ab, der längere Zeit dauerte.

Eine italienische Stimme zur Lausanner Konferenz

Rom, 16. Juni. Der frühere italienische Finanzminister Graf Solmi verlangt in einem Leitartikel des „Popolo d'Italia“ zur Lausanner Konferenz, daß diesmal alles aufgemacht werde, damit die Konferenz nicht wieder mit einem der üblichen Kompromisse ende. Die einschlägigen Probleme seien in zahllosen Konferenzen derart durchberaten worden, daß heute die Minister und Sachverständigen in Lausanne keine weiteren Studien zu machen brauchten, sondern lediglich noch auf Grund des vorliegenden Materials ihre Entscheidung zu treffen hätten. Solmi ist der Ueberzeugung, bei einem entschlossenen gemeinsamen Willensakt der Lausanner Konferenz werde Amerika auf die Forderung aller Völker Europas hören, daß endlich unter das tragische Kriegsschicksal der Schlusstrich gezogen werden müsse.

Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen

Aufhebung des SA- und Uniformverbots

Berlin, 16. Juni. Entsprechend ihrer Erklärung bei der Uebernahme der Geschäfte hat die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten Vorschläge für Milderung der seit März 1931 erlassenen politischen Ausnahmeverordnungen gemacht, die in der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni enthalten sind.

Reichspräsident und Reichsregierung lassen sich bei den neuen Vorschlägen von der Absicht leiten, die durch die früheren Notverordnungen erheblich eingeschränkte politische Freiheit namentlich für die wichtige bevorstehende Wahlentscheidung teilweise wieder herzustellen.

Die Reichsregierung wollte an den einzelnen bisherigen Notverordnungen keine Streichungen, Ergänzungen und Änderungen vornehmen. Sie hat vielmehr die Vorschriften, die nunmehr rechts sind, in einer neuen Verordnung zusammengestellt, um sowohl der Bevölkerung einen klaren Ueberblick über die Bestimmungen zu geben, die gelten, als auch den Behörden die richtige Anwendung zu erleichtern.

Politische Versammlungen

Ein Vergleich der aufgehobenen Verordnungen mit der neuen ergibt, daß die bisherigen Vorschriften weitgehend gemildert sind. Auf dem Gebiete des Versammlungswesens sind die Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von öffentlichen politischen Versammlungen, von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel und von den sogenannten Lastwagenfahrten gestrichen. Ein vorheriges Verbot von solchen Versammlungen und Aufzügen ist auf Grund der neuen Verordnung nicht mehr gegeben. Diese Erleichterung ist im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf getroffen. Sollte jedoch die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen, so ist dem Reichsminister des Innern die Ermächtigung gegeben, erneut für das Reichsgebiet oder einzelne Teile Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von Versammlungen zu treffen. Die Befugnis der zuständigen Landes- und Ortspolizeibehörden, Versammlungen unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung zu verbieten, ist durch die neuen Vorschriften selbstverständlich nicht berührt.

Befugnis der Polizei

Die Befugnis der Polizei, öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufzulösen, ist aus dem bisherigen Recht übernommen, mit der Einschränkung, daß der Auflösungsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung weggefallen ist. Die Klagen über die zu weitgehende Fassung dieser Bestimmung und ihre zu sehr in das Ermessen der überwachenden Polizeibeamten gestellte Anwendung wäre so lebhaft gewesen, daß die Reichsregierung glaubte, die Auflösungsbefugnis der Polizei auf bestimmte, abgegrenzte Tatbestände einschränken zu sollen. Im übrigen unterliegen unfriedliche Versammlungen ohne weiteres der Auflösung durch die Polizei. Mit Rücksicht auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Reichsgerichts war es notwendig, die Vorschrift des Vereinsgesetzes über die Befugnis der Polizeibehörden, in jede öffentliche Versammlung Befugnisse zu entsenden, wieder herzustellen.

Flugblätter und Druckschriften

Vollständig aufgehoben werden durch die neue Verordnung sämtliche einschränkende Bestimmungen über Plakate und Flugblätter politischen Inhalts. Die Möglichkeit, gegen Plakate, Flugblätter und sonstige Druckschriften der kommunikativen Gesellschaftsbewegung vorzugehen, ist jedoch durch die nach wie vor in Geltung befindliche Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunikativen Gesellschaften vom 3. März 32, so weiterhin gegeben.

Im übrigen sind die Vorschriften über die Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften einschließlich periodischer Druckschriften (Zeitungen) weggefallen. Dagegen haben die Bestimmungen über das Verbot periodischer Druckschriften im wesentlichen aufrecht erhalten werden müssen. Der bisherige Verbotgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der wegen seiner weitgehenden Fassung besonders zu Beanstandungen Anlaß gegeben hatte, ist jedoch durch einen neuen Verbotgrund ersetzt worden, nach welchem das Erzielen einer periodischen Druckschrift dann auf gewisse Dauer untersagt werden kann, wenn in ihr eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder unklares Tatsachen behauptet oder verbreitet wer-

den. Bedacht ist hier etwa an unwahre Behauptungen, durch welche die Wahrung oder die Interessen der Landesverteidigung gefährdet werden. Die Höchstdauer des Verbotes einer Tageszeitung ist von acht auf vier Wochen herabgesetzt worden.

Bleibt jenseit die Presse gewissen Auflagen und Beschränkungen unterworfen, so wird der Reichsminister des Innern durch Ausführungsbestimmungen dafür sorgen, daß Entgegnungen knapp gehalten werden und daß vor der Anordnung eines Verbotes nach Möglichkeit zunächst der Weg der Verwarnung, einer von der Zeitung abzugehenden Erklärung oder einer von ihr zu veröffentlichen amtlichen Entgegnung beschritten wird.

Aufhebung des SA- und Uniformverbots

Zu denjenigen früheren Verordnungen, an deren Stelle die neue Notverordnung tritt, gehört auch die Verordnung vom 13. April 1932 durch welche die sogenannten militärischen Organisationen der NSDAP, aufgelöst wurden. Der Herr Reichspräsident hatte schon alsbald nach dem Erlaß dieser Verordnung den Wunsch geäußert, daß allgemeine und gleichmäßig anzuwendende Vorschriften für alle Verbände solcher Art erlassen werden möchten. Als Ersatz für die Bestimmungen, die daraufhin zunächst in der Verordnung vom 3. Mai 1932 über politische Verbände getroffen worden waren, sind in die neue Verordnung Vorschriften aufgenommen worden, nach denen politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich auftreten dürfen, auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet sind, ihm ihre Statuten und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen. Die Verbände sind ferner verpflichtet, an diesen Bestimmungen und an ihrer Satzung jede Änderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält. Nach der Festsetzung dieses weitestgehenden auf alle Verbände solcher Art erstreckenden Reichsaufsichtrechts war es vom Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung geboten, auch der NSDAP bei der Neubildung solcher Verbände keine besonderen Schranken aufzuerlegen.

Schließlich ist auch das sogenannte Uniformverbot in die neue Verordnung nicht wieder aufgenommen worden. Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierin täuschen, so wird die Wiederzulassung der sogenannten Parteiformen Zusammenkünfte zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie nicht nur die scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufsichtrecht die Handhabe bietet, gegen die schädlichen Verbände einzusetzen.

Eine erste Mahnung

Haben sich somit Reichspräsident und Reichsregierung entschlossen, eine weitestgehende Milderung der bisher bestehenden Ausnahmeverordnungen einzutreten zu lassen, so haben sie gerade deswegen geahnt, politische Gewalttaten mit strengen Strafen belegen zu müssen. Wer glaubt, die in weitem Umfang wiederhergestellte politische Freiheit zu Gewalttaten gegen den politischen Gegner mißbrauchen zu können, den soll die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Die Reichsregierung erwartet von den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, daß sie mit Strenge gegen derartige Gewalttätigkeiten vorgehen und die Täter rasch und fühlbarer Bestrafung zuführen werden.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erwarten von dem deutschen Volke und insbesondere von den politischen Parteien und Verbänden, daß die größere Freiheit des politischen Lebens, welche durch die neuen Vorschriften bewerkstelligt wird, nicht erneut zu einer Verwilderung der politischen Sitten führt, und daß sich die politischen Führer aller Grade ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Deutschland bewußt sind und das ihre dazu tun, um die politischen Kämpfe in dem Rahmen zu führen, der einer zivilisierten Nation würdig ist. Reichspräsident und Reichsregierung lassen andererseits keinen Zweifel darüber, daß, wenn diese Erwartungen sich als trügerisch erweisen sollten, neue und scharfe Ausnahmeverordnungen die unvermeidbare Folge sein müßten.

Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister

Berlin, 16. Juni. Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Engel im Zusammenhang mit dem Erlaß der politischen Notverordnung folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitestgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf angenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verlässigsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtigte Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener

(ges.) von Hindenburg.

Die NSDAP, zur Aufhebung des SA-Verbotes und zur Stellungnahme der Länder

München, 16. Juni. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt zur Aufhebung des SA-Verbotes u. a., der Freiheitswille des deutschen Volkes habe sich stärker erwiesen, als die Macht jener „Kräfte der Zerstörung“, die ein Neuerleben der Nation aus eigener Kraft für immer unterbinden zu können glaubten. Der Nationalsozialismus erwarte, daß die zuständigen Reichsstellen ihre Verordnung mit der „unbedingt gebotenen Laskraft“ im ganzen Reich zur Durchführung bringen. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz wendet sich dann gegen die den Landes- und Polizeibehörden überlassene Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu verbieten, und schreibt dazu, schon hätten die Regierungen in Bayern, Baden und Preußen erklärt, ihre bisherigen Bestimmungen aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahmen bezeichnet die Korrespondenz als eine „offene Sabotage des Sinnes und Inhaltes der erlassenen reichsgerichtlichen Vorschriften, eine Sabotage, gegen die die NSDAP ein unverzügliches Einschreiten der Reichsregierung erwartet.“

Die Brauhemden

Der württembergische Gauleiter Murr hat angeordnet, daß aus Anlaß der Aufhebung des Brauhemden-Verbotes am Freitag und Samstag jeder Parteigenosse, SA- und SS-Mann, das Brauhemd zu tragen habe.

Neues Uniformverbot in Baden

Karlsruhe, 16. Juni. Von amtlicher badischer Seite wird mitgeteilt: Durch die neue, am 17. ds. Mts. in Kraft tretende Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen werden u. a. auch die aufgelösten Verbände der SA und SS wieder zugelassen und das bisher bestehende allgemeine Uniformverbot außer Kraft gesetzt. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit mit den Minister- und Staatspräsidenten der Länder und mit den Bevollmächtigten zum Reichstag ist von der Reichsregierung ausdrücklich erklärt worden, daß die Justizbehörden der Länderregierungen zum Erlaß von Anordnungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch die neue Regelung nicht beeinträchtigt werden soll. Mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse hat der Minister des Innern entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Das in Baden bestehende Demonstrationverbot bleibt durch die Verordnung unberührt. Das Verbot von Geländeübungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

Bayern und die neue Notverordnung

München, 16. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das am 10. Juli 1931 erlassene und durch Anordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Prozessionsaufmärsche, gleichviel ob uniformiert oder nichtuniformiert, bleibt durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufmärsche jeder Art sind also nach wie vor verboten. Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften erlassen.

Preussischer Landtag

Berlin, 16. Juni. Der preussische Landtag hat am Mittwoch gleich drei Plenarsitzungen abgehalten. In den Sälen der Nationalsozialisten waren einige Abgeordnete bereits in der neuen SA-Uniform erschienen. Der kommunistische Antrag, der die Einstellung von Zahlungen aus dem Vonnahplan, der Dawesanleihe, die Aufhebung der Reichsnotverordnungen fordert, wurde durch die nationalsozialistischen Enthaltungskarten erledigt. Da die abstimmdenen Fraktionen nicht vollständig beisammen waren, war das Parlament abermals beschlußunfähig. In der auf sofort einzuberufenden neuen Sitzung wurde der kommunistische Antrag auf Beseitigung der Hohenzollernabfindungsverträge und Landesverweigerung der Hohenzollern gegen die Antragsteller abgelehnt, ferner der Antrag der gleichen Partei auf Verbot des Eintrags der Polizei bei Streit mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten sowie einigen Sozialdemokraten angenommen. Gleichfalls Annahme mit den Stimmen der Antragsteller und Nationalsozialisten fand der kommunistische Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde zu vollziehen. Als ein kommunistischer Mistransmissionsantrag gegen die Reichsregierung von Bayern zur Abstimmung stand, beteiligten sich die Nationalsozialisten nicht an der Kartenabgabe, womit das Haus beschlußunfähig war. Auch das Zentrum hatte sich nicht beteiligt, während neben den Antragstellern noch die Sozialdemokratie mit 34 die Deutschnationalen mit 140 stimmten hatten. Abermals mußte eine neue Sitzung einberufen werden, in der ein nationalsozialistischer Antrag angenommen wurde, wonach der Berliner Polizeipräsident Straßburg sein Amt entlassen und höhere Polizeifunktionen bestrahlt werden sollen.

Der Preussische Landtag wird, wie der Reichstag in Aussicht genommen hat, am 22. Juni nicht nur die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten, sondern auch die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung setzen. Bis dahin müssen also — endlich — die Verhandlungen über die Regierungsfrage in Fluß kommen.

Im preussischen Landtag wurde der Antrag, die in Haft befindlichen als sogenannte Bombenleger bekannten Bauernführer Claus, Heim usw. sofort freizulassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Wiederholung der Abstimmung über politische Amnestie

Berlin, 16. Juni. Am Vortag des preussischen Landtags, der nach Unterbrechung der Landtagsitzung zusammentrat, einigte man sich dahin, daß der Entwurf über die politische Amnestie neu einzubringen sei und daß das Landtagsplenum ihn im nächsten Sitzungsdienstag in der kommenden Woche verabschieden werde. Die Amnestie für Delikte aus wirtschaftlicher Not ist auf Grund des heute angenommenen sozialdemokratischen Antrages bereits beschlo.

Neues vom Sage

Bürgersteuer auch im nächsten Jahr keine Verdoppelung, aber Dauersteuer

Berlin, 16. Juni. Wie aus Äußerungen in der Presse hervortritt, scheint der Öffentlichkeit das Problem der Bürgersteuer noch nicht überall ganz klar zu sein. Die für das Rechnungsjahr 1931/32 fällige Bürgersteuer ist bereits in der ersten Hälfte des laufenden Kalenderjahres erhoben worden. Die Gemeinden hatten nun den Wunsch, daß sie in der zweiten Hälfte noch einmal eingezogen werde, was also praktisch eine Verdoppelung bedeuten würde. Das ist von der Reichsregierung abgelehnt worden. Doch besteht auch für die Länder nicht die Möglichkeit, die Verdoppelung von sich aus durchzuführen, weil die Steuer in reichsrechtlich geregelt ist. Sie war zwar ursprünglich als einmalige Abgabe gedacht, wurde dieses Charakters aber durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 entkleidet. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Steuer auch im nächsten Jahr erhoben werden wird.

Nationalsozialistisches Ministerium in Oldenburg

Oldenburg, 16. Juni. In der Nachmittagsitzung des oldenburgischen Landtags wurde das neue Staatsministerium gewählt. Zum Ministerpräsidenten wählte das Haus den von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Abgeordneten Karl Kämmer. Der neue Ministerpräsident schlug für die beiden anderen Ministerposten den Abg. Landgerichtsrat Pauls von der NSDAP und den nationalsozialistischen Schriftleiter und Abgeordneten Spanemann vor. Während der Ministerpräsident mit 26 von 41 Stimmen und zwar von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Landvolkvertretern gewählt worden war, entfielen auf die beiden Minister je 25 Stimmen.

Der italienische Verschwörer Sbardellotto zum Tode verurteilt

Rom, 16. Juni. Vor dem Sondergerichtshof zum Schutze des Staates fand eine Verhandlung gegen Angelo Sbardellotto statt, der angeklagt ist, sich mit anderen Personen verschworen zu haben, um den Chef der italienischen Regierung zu töten. Im Verlaufe des Verfahrens bestätigte Sbardellotto sein früheres Geständnis. Er wurde nach dem Plädoyer des Generalstaatsanwalts zum Tode verurteilt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 17. Juni 1932.

Spenden für die durch Unwetter geschädigten Bezirksvereine Güttingen und Sulz. Beim Bezirkswohlfahrtsvereine Nagold gingen bis heute ein von: Landrat Baitinger-Nagold 20 M., Hauptl. Paz-Beuren 10 M., Dr. Ulmer-Nagold 30 M., Bez.-Fürstorgerin E. Häring-Nagold 5 M., Oberstudiendirektor Ulrich-Nagold 10 M., Rechnungsrat Kieger 5 M., Oberamtsgeometer Klein-Nagold 12 M., R. N. Hailerbach 6 M., Dr. Wegger-Nagold 20 M., Hauptl. Heinold-Egenhausen 3 M., Hafnermeister Esig-Nagold 3 M., Christian Holz-Bödingen 5 M., Klara Glud-Bödingen 2 M., Brudner-Tübingen 3 M., L. Fegert und Fr. Wendler-Altensteig 5 M., Bezirksnotar Bed-Altensteig 5 M., Hermann Armbruster-Altensteig 5 M., Karl Moser-Altensteig 5 M., Oberlandjäger Brodbest-Altensteig 5 M., Sparfahndirektor Balz-Altensteig 5 M., Melanie Gut-Altensteig 5 M., Otto Würckle-Klingenmünster 1 M., Württ. Landesverein vom Roten Kreuz 100 M., Methodistengemeinde Altensteig 36 M. Weiter gingen ein von der Sammelstelle G. W. Jaiser-Nagold bis 8. 6. 32: 613 M. und den Bürgermeisterämtern Nagold bis 4. 6. 32: 400 M., Beihingen 72 M., Bödingen 141.20 M., Gartweiler 40 M., Rohrdorf 147.10 M. und Koffeloden 113.50 M. Gesamtergebnis bis 14. 6. 1932: 1832.80 M.

Preishüten. Anlässlich des historischen Schäferlaufs, der am Sonntag, den 24. Juli 1932 in Wildberg stattfindet, hält der Landesverband Württemberg im Verein für deutsche Schäferhunde (S.V.) ein Preishüten ab, an dem sich alle Berufsschäfer mit Schäferhunden aller Haarschläge beteiligen können. Das Hüten selbst findet am gleichen Tag wie der Schäferlauf statt, so daß es jedem Schäfer möglich ist, sich nach dem Hüten auch noch am eigentlichen Schäferlauf zu beteiligen. Der Zweck dieses Preishütens ist, die Schäfer zu Höchstleistungen in der Hütearbeit anzuregen. Durch gute Vorbilder sollen den Anfängern Musterleistungen gezeigt werden. Der Ruhm aus solcher Arbeit fällt wiederum der Süddeutschen Wanderschäfererei zu. Alle Berufsschäfer aus dem Schwarzwalddesert sind deshalb heute besonders aufgefordert, sich von der Geschäftsstelle des Landesverbands Württemberg im Verein für deutsche Schäferhunde, Friedrich Schultheiß, Ulm a. Donau, Zeitblomstraße 6 einen Anmeldebogen kommen zu lassen. Es wird aber besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur derjenige Schäfer zum Hüten zugelassen werden kann, der sich ordnungsgemäß angemeldet hat und von der Hüteleitung einen besonderen Annahmeschein erhalten hat. Neben den bekannten Geldpreisen stehen noch wertvolle Gegenstandsgewinne zur Verfügung.

Bekämpfung der Kinderfinne und der Bandwurmfrauktheit des Menschen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Innenministerium hat im November vorigen Jahres durch einen im Amtsblatt erschienenen Erlaß besondere Anordnungen zur Bekämpfung der in letzter Zeit vermehrt festgestellten Kinderfinne und damit auch zur Verhütung der Bandwurmfrauktheit des Menschen getroffen. Durch einen neuen Erlaß wird bekannt gegeben, daß nach einem Beschluß des Verwaltungsausschusses der Zentralkasse der Viehbesitzer die Prämie für die Einbindung eines Bandwurmes mit Kopf von 5 RM. auf 10 RM. erhöht worden ist. Der abgetriebene Bandwurm mit Kopf ist, in Spiritus eingelegt, gegebenenfalls von dem behandelnden Arzt dem Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt zu übersenden, worauf dem vom Arzt benannten ehemaligen Bandwurmtäger die Prämie ausbezahlt wird.

Nagold, 17. Juni. (Experimental-Vorträge des Gedankenkünstlers „Medicato“.) Im Saalbau des „Löwen“ gab „Medicato“ gestern abend eine Wiederholung seiner bereits am Sonntag zweimal stattgefundenen Vorträge. Während am Sonntag schon das geringe Interesse an solchen Vorträgen, gemessen an der Besucherzahl, sich stark bemerkbar machte, erreichte es gestern fast das Minimum. Raum dreißig Personen waren erschienen. Vor diesen wenigen Interessierten experimentierte „Medicato“ und gab von neuem Beweise seiner außerordentlichen Begabung, seiner übernatürlich anmutenden Konzentrationsfähigkeit und Willenskraft. Auch graphologisch zeigte Medicato beachtliche Fähigkeiten. In erklärendem Vortrag bezeichnete Medicato selbst alle diese Fähigkeiten als eine Gimmastik der Gedanken, als eine äußerste Willenskonzentration.

Hö. Pfalzgrafenweiler, 17. Juni. (Aus dem Gemeinderat.) Wegen Justizuntauglichkeit mußte der Farren „Saltes“ verkauft werden. Das höchste Angebot der Metzgermeister Schmid und Wagner mit 23.38 Mark für den Zentner Lebendgewicht wurde angenommen. — Das Mähen, Dörren und Einführen des Heu- und Dohmbertrags von den Farrenfeldern wurde an verschiedene Liebhaber verankündigt. Die diesjährige Ausgabe mit 325.50 Mark ist um ca. 100 Mark niedriger als im Vorjahr. —

Kür einen arbeitslosen Schreiner, der nicht mehr in der Lage ist seinen Mietzins aufzubringen, wird eine Unterkunft vor-aussichtlich in der Nähe des Wasserreservoirs auf dem Bühl auf Kosten der Gemeinde erstellt. Es ist geplant, einen einfachen Holzbau zu errichten, der zwei Zimmer enthält. Der Aufwand hierfür wird auf etwa 800 Mark geschätzt. — Der Mietzins für einen Bewohner im Gemeindegarten wurde den wirtschaftlichen Verhältnissen des Betreffenden entsprechend ermäßigt. — Nachtwächter Theurer wird zum Schutze seiner Person mit einem Revolver ausgerüstet. — Gegen die Einheitsbewertung des Gemeindegartens für 1931 mit 1601 Mark je Hektar hat der Vorsitzende vorläufig Einspruch erhoben. Der Gemeinderat bevoollmächtigt nun nachträglich den Ortsvorsteher zu diesem Schritt. — Für den Waldschutzhüter wird eine neue Uniform angeschafft. — Für einen Gemeindebauplatz auf dem Bühl hat sich ein Viehhändler gemeldet. Ebe die Abgabe des Platzes erfolgt, wird der Gemeinderat das betreffende Gelände beschlagnahmen. — Zur Ausbesserung eines Weges auf Markung Böhndach stellt die hiesige Gemeinde ausnahmsweise 2 Kubikmeter Schotter zur Verfügung. — Die Ausbesserung des Spritzenhauses wird bis zum nächsten Jahr zurückgestellt. — Die Aufstellung von Reklameschildern am Eingang des Orts verursacht einen unansehnlichen Anblick. Die Anbringung neuer Reklameschilder oder Aufschriften ist künftig nur mit Genehmigung des Bürgermeisteramts (auch auf Privatgrundstücken) zulässig.

Bad Wildenberg, 16. Juni. (Vom Rathaus.) In der letzten Gemeinderatssitzung nahm die Beratung des Voranschlags für 1932 einen breiten Raum ein. Einleitend teilte Bürgermeister Kaulen mit, daß das Rechnungsjahr 1931, wie sich bis jetzt überblicken läßt, ohne wesentlichen Abmangel abgesehen werde, trotzdem die Inanspruchnahme der Ortsbürgerliche Gewaltig gemacht sei. Dagegen stehen irgendwelche Restmittel für das neue Rechnungsjahr nicht zur Verfügung. So mußte ver-lucht werden, Einnahmen und Ausgaben zum Ausgleich zu bringen. Wenn man mit den letztjährigen Zuschüssen rechnet und eine Gemeindegeldumlage von 22 Prozent (wie im Vorjahr) zugrunde lege, bleibe trotzdem noch ein ungedeckter Abmangel von über 4000 Mark. Die Einsparungen durch Gehaltsabzüge und den durchgeführten Beamtenabbau betragen rund 8000 Mk. Sie werden aber durch den erhöhten Fürsorgeaufwand wieder restlos beansprucht. Die Gesamteinnahmen betragen 44 450 Mk., die Ausgaben 109 286 Mark, der Abmangel somit 64 836 Mk. Sehr beanstandet wurde auch die Höhe der Umlage zum Gewerbesteuerverband Calw. Ein Betrag von 50 Mark, wie er im Vorjahr für einen Schüler bezahlt werden mußte, sei entschieden zu hoch. Der Vorsitzende wurde beauftragt, diesen Standpunkt im Verbandsschulgemeinderat zu vertreten. Hierauf wurde der Voranschlag mit den Deckungsvorschlägen der Stadverwaltung einstimmig angenommen.

Neuenbürg, 16. Juni. (Zum Oberamtsparlament in Badgingen a. E. gewählt.) Dem Vernehmen nach ist Gegen-rechner Schumacher von der hiesigen Oberamtsparlamente gestern zum Leiter der Oberamtsparlamente Badgingen a. E. gewählt worden. — Die Wahl bedarf noch der Be-stätigung der Aufsichtsbehörde.

Mönchberg, O.A. Herrenberg, 16. Juni. (Eine Köpenickiade.) In der Nacht vom Samstag auf Sonntag (11.—12. Juni 1932) gegen 12 Uhr erschienen vor dem Hause des Schreinermeisters Ernst Rietzmüller in Mönchberg vier unbekannte, anscheinend uniformierte, jedenfalls aber mit Stahlhelmen besetzte Männer. Der Führer der Bande gab sich als Leutnant vom 14. Badischen Infanterieregiment aus und behauptete, Befehl zu haben, bei dem Wohnungsinhaber (der als Kriegerverschwörer in Verwahrung hat) eine Beschlagnahme von Waffen vor-zunehmen. Das Vorgehen erfolge „auf Grund der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten“. Das Bürgermei-steramt wisse davon. Auf die Weigerung des Wohnungs-inhabers, zu öffnen, drohte der angebliche „Leutnant“, binnen einer Viertelstunde das Haus umzingeln und stür-men zu lassen. Es ständen ihm noch zweieinhalb Züge Soldaten zur Verfügung. Herr Rietzmüller tat das ein-zig Richtige — er ließ sich nicht verblüffen und erklärte dem „Leutnant“: Wenn die Sache mit Wissen der Orts-polizei geschehe, dann gebe er nichts heraus, solange nicht der Bürgermeister oder der Polizeidienstler selbst dabei seien und ihm dies befähigten. Im übrigen sei er nicht allein im Hause. Inzwischen waren die Nachbarn mobil gewor-den und begaben sich alsbald mit dem Wohnungsinhaber auf die Suche. Die vier „Reichswehrsoldaten“ hatten sich aber inzwischen verflüchtigt. Man vermutet, daß sie über Kach in Richtung Altingen geflohen sind.

Kreuzen, O.A. Herrenberg, 14. Juni. (Unglück im Stall.) Letzte Woche schon war es, daß die sieben Stück Vieh des Landwirts August Krauß nicht mehr fraßen. Der herbeigerufene Tierarzt stellte Schlundverengung bei sämtlichen Tieren fest. Es bestand Verdacht auf Futter-vergiftung. Ein Kind verendete, eine Kuh mußte notge-schlachtet werden. In einigen Wochen hätte sie zwei frä-tige Junge zur Welt gebracht. Die anderen Tiere mußten verkauft werden. Der ganze Stall steht nun leer und muß zunächst desinfiziert werden.

Trossingen, 17. Juni. (Sauriergrabung.) Nachdem zu Anfang dieses Jahres das Landesamt für Denkmalpflege mit dem hiesigen freiwilligen Arbeitsdienst eine erfolgrei-che präähistorische Grabung am Weidenhäuser Hof bei Kornwestheim durchgeführt hat und damit zum erstenmal die Freiwilligenarbeit in den Dienst der Wissenschaft und Heimatforschung gestellt wurde, veranstaltet gegenwärtig die Württ. Naturaliensammlung ebenfalls mit Hilfe des Arbeitsdienstes eine größere Grabung auf Sauriersteleite in den Keupermergeln bei Trossingen. Der Beginn der Grabung war infolge Kälte und viel Regen zunächst wenig ermutigend, doch wurde die Ausdauer der Arbeitsmann-schaft schon in den ersten vierzehn Tagen durch die Freilegung eines besonders stattlichen, etwa acht Meter langen Skeletts des „Schwäbischen Lindwurms“ be-lohnt. Dieser Fund dürfte nicht nur ein hervorragendes Museumsstück abgeben, er ist auch von wissenschaftlicher Bedeutung, da man von dieser großen Form ein vollstän-diges Skelett und auch den Schädel bisher noch nicht kannte. Inzwischen konnte noch der größere Teil eines weiteren Skeletts dieser großen Landdäse geborgen werden und kleinere Skelettpartien fanden wiederholt zum Vorschein. Erwähnung verdient noch ein Fund, der nach den aus Trossingen eingegangenen Nachrichten offenbar eine der höchst seltenen, großen Landhöhlenkröten der Keuperzeit darstellt.

Oberndorf, 16. Juni. (Der vergessliche Vieh-händler.) Auf dem letzten Viehmarkt blieb ein junges Kind auf dem Viehmarkt stehen. Nachdem das Tier mehrere Stunden in der Gluthitze auf dem Plage gestanden hatte, wurde es schließlich von mitleidigen Menschen losge-bunden und in einen in der Nähe liegenden Gasthof ver-bracht. Nachdem der Polizei Mitteilung gemacht worden war, stellte letztere fest, daß das Tier von einem Landwirt aus Leibringen O.A. Sulz an einen Viehhändler aus Stutt-gart verkauft worden war. Letzterer hatte bei seinem Weg-gang den Kauf vergessen.

Stuttgart, 16. Juni. (Ein frecher Diebstahl.) In einem Stuttgarter Restaurant wurde in der Nacht auf eine ebenso eigenartige wie seltene Weise eine Handtasche mit mehreren hundert Mark Inhalt gestohlen. Während eine kleine Gesellschaft, die unmittelbar beim Fenster saß, sich angeregt unterhielt, streckte sich plötzlich eine Hand durch den über dem offenen Fenster hängenden Vorhang, ergriff blitzschnell die Tasche und verschwand ebenso blitzschnell wieder. Dem Dieb gelang es zu verschwinden.

Amerikanische Lehrer kommen. In den Mo-naten Juni bis August veranstaltet die Auslandsabteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht pädago-gische Studienwochen, die den Zweck haben, auslanddeutsche und ausländische Lehrer mit neuzeitlicher deutscher Schul-arbeit bekannt zu machen. Zunächst findet vom 20. Juni bis 1. August d. J. eine Studienfahrt amerikanischer Pädagogen durch mehrere deutsche Städte darunter auch nach Stuttgart statt.

Beschlagnahme. Die Südd. Arbeiterzeitung Nr. 127 vom 16. Juni ist durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart 1 und durch Verfügung des Polizeipräsidenten beschlagnahmt worden.

Kaminjegerprüfung 1932. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wenn sich eine genügende Zahl Teil-nehmer meldet, wird in diesem Jahr eine staatliche Prüfung für Kaminjeger abgehalten. Die V-dungen sind mit Un-terlagen bis spätestens 15. Juli 1932 bei den Handwerks-lammern einzureichen.

Waldbuch O.A. Stuttgart, 15. Juni. (Autounfall.) Am Dienstag ereignete sich, wie schon kurz berichtet, in der Kurve bei der Post ein schwerer Verkehrsunfall. Als ein von Tübingen kommender Personenwagen in die Kurve fuhr, bemerkte der Lenker auf der Fahrseite zwei Kinder, die ihm gerade in das Auto liefen. Um ein Unglück zu ver-hüten, steuerte er auf die linke Straßenseite, wo ebenfalls die beiden Kinder des Schneidermeisters Ebinger standen. Diese wurden von dem Auto erfasst und schwer verletzt. Die Mutter der Kinder, die im letzten Augenblick noch zu Hilfe springen wollte, wurde durch den Anprall ebenfalls zwi-schen eine Tür gedrückt. Alle drei Verletzten wurden nach der Klinik in Tübingen übergeführt, wo dem einen Kind beide Füße amputiert werden mußten. Das andere Kind erlitt einen Schädelbruch, die Frau hatte den Fuß gebro-chen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Münzingen, 16. Juni. (Tod im Gerichtssaal.) Der 41 Jahre alte K. Hoffmann, der am Dienstag in einer Rechtsache als Vertreter einer Partei den Termin beim hiesigen Amtsgericht wahrnahm, wurde plötzlich von ei-nem Herzschlag getroffen, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Dürmentingen, O.A. Riedlingen, 16. Juni. (Drillinge.) Am letzten Sonntag lehrte bei Andreas Mohr jung hier großes Familienglück ein. Drei gesunde Buben kamen auf die Welt, im Gewicht von 5, 4½ und 4 Pfund. Mutter und Kinder sind wohl.

Hohenmemmingen, O.A. Heidenheim, 16. Juni. (Der erhängte Geißbock.) Ähnlich wie dem Bauern „auf de schwäbische Eschbahn“ erging es einem hiesigen Mädchen, das allabendlich Baters jungen Geißbock zu weiden hatte. Manchmal wurde ihr das Hüten etwas langweilig und sie band das Böcklein mit einer langen Schnur an ein Ge-sträuch, um es allein zu lassen, damit sie mit andern Kin-dern zusammen spielen konnte. Und so auch kürzlich. Als das Mädchen aber am Abend wieder nach seinem Schüh-ling sah, lag das arme Böcklein tot im Gras. Es hatte sich in die Schnur verwickelt und so in seiner Hilflosigkeit sein Leben ausgehaucht.

Mengen O.A. Saulgau, 16. Juni. (Scharlach-Epi-demie.) Unter den hiesigen Kindern ist eine gefährliche Scharlach-Epidemie ausgebrochen, von der bereits an die 20 Kinder ergriffen sind. Die Volksschulen wurden deshalb gestern für zwei Wochen geschlossen.

Aus Baden

St. Georgen i. Schw., 16. Juni. (Krümpersystem.) Auf Anregung der Firmeninhaber der Maschinenfabrik Gebr. Heine-mann wurde bei ihr das sog. Krümpersystem eingeführt. Die Belegschaft hat freiwillig zugestimmt und das Opfer ge-bracht, daß durch zeitweise Räumung ihrer Arbeitsplätze schon längere Zeit arbeitslose Kollegen wieder Beschäftigung finden. Die Firma steht zurzeit in Unterhandlungen wegen weiterer Auslandslieferungen.

Offenburg, 16. Juni. (Zusammenstoß zwischen Nebenbahn und Auto.) Mittwochvormittag gegen 11 Uhr ereignete sich auf der Landstraße kurz vor Offenburg, wo die Mittelbadische Votaleisenbahn auf die Landstraße einzuweichen wollte, ein schweres Autounglück. Ein Offenburger Kaufmann fuhr mit dem Chauffeur einer Autofirma nach Offenburg. Aus noch nicht geklärten Gründen wurde das Auto von der Lokal-bahn erfasst und total zertrümmert. Mit schweren Verletzungen brachte man den Kaufmann nach dem Krankenhaus, der Chauf-seur kam mit leichteren Verletzungen davon.

Karlsruhe, 16. Juni. (500 Lehramtsaspiranten.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind in Baden nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes 1930/32 rund 500 Lehramtsaspiranten vorhanden. Davon sind 128 außerplanmäßig beschäftigt, ver-tragsmäßig sind 100 verwendet und rund 100 sind beurlaubt. Die Zahl der freiwilligen Hilfsarbeiter beträgt rund 170. Im Vorbereitungsdienst stehen rund 140 Lehramtsreferendare.

Nationalsozialistische Große Anfrage gegen Staatspräsident Dr. Paug

Stuttgart, 16. Juni. Die württ. Landtagsfraktion der NSDAP hat im Landtag folgende Große Anfrage eingebracht: Nach württembergischen Recht bestimmt nicht der Staatspräsident, sondern das Staatsministerium die Richtlinien der Politik. Die Ver-tretung des Landes durch den Staatspräsidenten nach außen ist nur eine formelle. Er kann nur solche Handlungen vornehmen, die materiell vorher die Zustimmung des Staatsministeriums ge-funden haben. Trotz dieser klaren Rechtslage hat der Staats-präsident, ohne zuvor das Staatsministerium zu hören, in einer hochpolitischen Frage, wie der eines in großer Aufmachung an-geleiteten gemeinsamen Empfangs der drei süddeutschen Mini-sterpräsidenten beim Reichspräsidenten auf eigene Faust gehan-delt und das an den Reichspräsidenten gerichtete Telegramm mit-unterschiedet. Die anderen Minister, die erst Tage darauf amt-lich von dem Schritt Kenntnis erhielten, werden dadurch vor eine vollendete Tatsache gestellt. Erhöhernd kommt hinzu, daß der Staatspräsident nur geschäftsführend tätig ist und deshalb so hochpolitische Handlungen nicht ohne Zügelung mit dem Land-tag oder wenigstens dem Landtagspräsidenten vornehmen sollte. Die Art und Weise, wie die Reize von der badischen und bayeri-schen Presse und insbesondere auch von dem Führer der bayeri-schen Volkspartei betrieben und näher begründet worden ist, hat deutlich erkennen lassen, daß es sich bei dieser Aktion nicht um die Wahrung der allgemeinen Landesbelange gehandelt hat, son-der um parteipolitische Sonderbestimmungen, die sich nicht nur innenpolitisch gegen die größte deutsche Partei richteten, sondern auch im Hinblick auf die sehr besonders notwendige Einbettung von Nord und Süd schweren innen- und außenpolitischen Schäden anrichteten konnten.

Wir fragen deshalb: 1. Waren sämtliche Minister nachträglich mit dem Vorgehen des Herrn Staatspräsidenten einverstanden, hat insbesondere Finanzminister Dr. Dehlinger in vollem Um-fange zugestimmt und die Verantwortung mitübernommen? 2. Welche württembergischen Wünsche wurden dem Herrn Reichs-präsidenten vorgetragen? 3. Hat sich der Herr Staatspräsident gegen die vom Reich geplante Aufhebung des SA.-Verbotes ausgesprochen und mit welcher Begründung? 4. Hat das gesamte Staatsministerium die Stellungnahme des Herrn Staatsprä-sidenten in der Frage der Aufhebung des SA.-Verbotes gebilligt? 5. Hat der Herr Staatspräsident für den Fall der Aufhebung des SA.-Verbotes durch das Reich besondere Landesmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Verbots für Württemberg vorbehalten oder sind solche Maßnahmen geplant und welche?

„Wohnbedarf“ und ausländische Waren Eine kleine Anfrage

Bei der Werkbund-Ausstellung „Wohnbedarf“ sind Waren ausländischer Firmen in großem Umfang ausgestellt, während gleichzeitig einheimischen Firmen die Ausstellung ihrer Erzeug-nisse trotz gleicher Güte verweigert wurde. Da zu der Ausstel-lung ein Staatsbeitrag bewilligt worden ist, finden wir in der heutigen Krisenzeit eine solche Handlungsweise nicht am Platze. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Welche Ge-sichtspunkte waren für die Zulassung der einzelnen Aussteller maßgebend? 2. Ist das Staatsministerium bereit, künftig bei Ausstellungen, zu denen ein Staatsbeitrag bewilligt wird, zu verlangen, daß deutschen Firmen unbedingt der Vorzug vor ausländischen Firmen eingeräumt wird? — Murr, Bäuer und die übrigen Mitglieder der Fraktion der NSDAP.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zehn Wohnhäuser niedergebrannt. In Kappelndorf (Thü-ringen) wurden durch ein Großfeuer 10 Wohnhäuser, meh-rere Stallungen und neun Scheunen vernichtet. Sieben Dampfsprizen waren an der Bekämpfung des Feuers betei-ligt; sehr viel lebendes und totes Inventar ist in den Flamm-en umgekommen. 14 Familien sind obdachlos geworden.

Ein Vatermord in der Rheinprovinz. Der Maurerpostler Kollnau in Dinslaken wurde in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Man nahm zunächst Selbstmord an, doch tra-ten bei der polizeilichen Untersuchung verschiedene Momente hervor, die auf Mord deuteten. Der Verdacht richtete sich gegen den jüngsten, 24 Jahre alten Sohn des Erschossenen, dessen Frau bei ihrer Vernehmung das Geständnis ablegte, daß der Sohn den Vater erschossen habe. Der Täter wurde verhaftet.

Die Martinswand durchklettert. Den Innsbrucker Berg-steigern Ludenhaler und Frendemerk ist erstmals die voll-ständige Durchkletterung der Martinswand bei Jirl in ihrer ganzen Höhe geglückt, nachdem sie an drei vorangegangenen Sonntagen keinen Erfolg gehabt hatten. Sie benötigten zu ihrer schwierigen Tour 14½ Stunden, darunter 12 Stun-den reine Kletterarbeit.

Aus dem Gerichtssaal

Das Reichsartellgericht gegen Kartellzwang

Stuttgart, 16. Juni. Das Reichsartellgericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Köppl saß in Stuttgart wegen des Kartellstreits zwischen dem Südd. Kohlenwirtschaftsverband in Mannheim, dem Kohlenkontor Weidenmeyer und Co. in Mann-beim und noch anderen Mannheimer Großhandlungen sowie ge-gen den Stuttgarter Kohlenhändlerverband und den Württ. Kohlenhändlerverband. Die Verbände haben bekanntlich die Stuttgarter Kohlenfirma Wals gesperrt, weil sie sich weigerte, in einen der Verbände einzutreten. Das Urteil lautete: Der Antrag des Südd. Kohlenwirtschaftsverbandes und Genossen auf nachträglich zu genehmigende Sperrung wird abgelehnt. Wegen Verstoßes gegen Paragraph 17 in Verbindung mit Paragraph 9 des Kartellgesetzes wird gegen den Südd. Kohlenwirtschafts-verband eine Ordnungsstrafe von 30 000 RM., gegen das Koh-lenkontor Weidenmeyer-Mannheim und das Union-Breitert-Syndikat Billale Mannheim eine Ordnungsstrafe von je 6000 RM., gegen den Verband Württ. Kohlenhändler und gegen den Verband Stuttgarter Kohlenhändler eine Ordnungsstrafe von je 9000 RM., insgesamt 60 000 RM., ausgesprochen. Außerdem haben die verurteilten Verbände die Kosten in Höhe von 4000 RM. zu tragen.

Matuschka-Prozess

Wien, 16. Juni. Bei Verlesung der Anklage benimmt sich Matuschka sehr nervös und ist in ständiger Bewegung. Er meint wiederholt, schneidet Grimassen und murmelt vor sich hin. Sodann wurde mit der Vernehmung des Angeklagten, der bei Vernehmung nach seinem Beruf sich als Eisenbahnattentäter bezeichnet, begonnen. Matuschka schildert in ungarisch-deutschem Dialekt seine Erlebnisse im Kriege an der italienischen und russischen Front. Er war im Kriege Kommandant einer Sturmabteilung. Dort liegt der Fehler, rufte der Angeklagte weinend, daß ich in einem solchen Zustand gekommen bin, daß man mir Simulation vorwirft. Im weiteren Verlauf erwähnte Matuschka die Stiftung einer Kirche für die Kirche seines Geburtsortes und wie die Bevölkerung bei deren Einsegnung sehr ergriffen gewesen sei. Bei dieser Erinnerung kniet Matuschka vor dem Gericht nieder. Hierauf erzählt er eine lange Geschichte von dem „Geiste Leo“, der ihm aufgetragen habe, eine Sekte zu gründen, welche Attentate auf Eisenbahnen verüben sollte. Darauf verbreitete sich dann Matuschka über seine Erfindung zur Verhütung von Bahnunfällen.

Wien, 16. Juni. Im Verlauf des Matuschka-Prozesses fragte der Vorsitzende den Angeklagten Matuschka, wie er nach Jüterbog gekommen sei. Matuschka erklärte, daß er auf einer Fahrt durch dieses Gebiet eine günstige Gelegenheit für ein Attentat erblickt habe. In Berlin habe er vor Gründung einer Sekte noch ein oder zwei Attentate verüben wollen. Er habe bei Jüterbog am Eisenbahndamm die Sprengmaschine gelegt. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, ob er denn nicht gedacht habe, daß ein großes Unglück geschehen könne, antwortete Matuschka verwundert: „Nein. Gar nichts, dachte ich, werde geschehen. Es war doch Sand dort.“

Vorsitzender: Als das Unglück geschehen war, sind Sie davon gelaufen. Matuschka: Ja, ich bin fünfzig Kilometer nach Berlin zu Fuß gegangen. Tags darauf kehrte ich nach Wien zurück.

Dann wurde das schrecklichste von Matuschkas Attentat, der Anschlag von Via Torbago, besprochen. Auch in diesem Fall behauptete der Angeklagte, „der Geist Leo habe ihm dieses eingegeben“. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, daß durch ihn ein so schreckliches Unglück geschehen sei, schluchzte Matuschka plötzlich

laut auf, ließ unartikulierte Schreie aus und wankte hin und her.

Vorsitzender: Sie hatten die Absicht, noch weitere Attentate zu verüben?

Matuschka: Ja. Dann schrie er wild auf: Ich werde in Zukunft aber noch mehr Attentate machen. Dreißig Jahre werde ich Strafe bekommen. Siebzig Jahre werde ich alt sein, wenn ich wieder herauskomme. Aber ich will noch alle die geplanten Attentate ausführen.

Vorsitzender: Und jetzt sagen Sie, was eigentlich der Beweggrund für Ihre schrecklichen Taten war?

Matuschka: Das möchte ich auch wissen. Jetzt sehe ich erst, daß es nicht das richtige Mittel war. Ich habe gerade das Schlechteste gemacht, was auf der ganzen Welt möglich ist. Jetzt weiß ich selbst nicht, warum ich das getan habe.

Hierauf wurde Matuschka vom Staatsanwalt einem scharfen Kreuzverhör unterzogen. Am Schluß erzählte Matuschka wieder von der Heilkraft der Zwiebel und von seinen Erfindungen. Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet.

Buntes Mierel

Einer, der seiner Verurteilung zuschaut

§ In Paris stehen in diesen Tagen der „scheintote“ Verführungsschwindler Duran und seine Freundin Piatot vor Gericht. Die Angeklagten hatten im Juni vorigen Jahres eine Lebensversicherung von 150 000 Franken zugunsten der Piatot abgeschlossen. Kaum drei Wochen danach schludte Duran eine erhebliche Menge Chinin und legte sich schwer fiebernd ins Bett. Der Arzt stellte eine „Gehirnerschütterung“ fest und bereitete die Freundin auf ein baldiges Ende vor. Nach zwei Wochen — Duran war wieder frisch auf — begab sich im Tränenstiller und in Tränen aufgelöst die Piatot zum Arzt, um den Tod Durans anzumelden. Dieser zeigt sich nicht sonderlich erstaunt und stellte den Totenschein aus. Nun begann das große Gaukelspiel. Die Freundin durften das Sterbezimmer nicht betreten. Duran und seine Freundin legten selbst einen Sarg in den Sarg. Duran sah seiner eigenen Verurteilung vom Fenster aus zu. Vier Monate später, nachdem der Schwindler aus der Versicherungssumme einen Kraftwagen und ein kleines Landgut gekauft hatte, wurde er bei neuen Betrügereien ertappt und verhaftet.

Beste Nachrichten

Hitler spricht in Offenbach

Offenbach, 16. Juni. Auf einer Wahlkundgebung der NSDAP sprach heute abend Adolf Hitler. Er erklärte, es gebe keinen Beruf, keine Konfession, die nicht in Deutschland ihre ganz besondere Spezialpartei besitze. Seit dreizehn Jahren wolle man die Wirtschaft retten, aber man habe dabei den Kampf der gegenseitigen Interessen so gesteigert, daß der Kampf die Nation zerteile, also das Gegenteil von dem erreiche, was man erreichen wollte. Wer vor dreizehn Jahren, fuhr Hitler fort, das Schicksal prophezeigte, das die Nation heute betroffen hat, wurde ausgelacht. Wer wahrheitsgemäß schilderte, was kommen mußte, dem wurde nicht geglaubt. Den Menschen bewegt heute nicht mehr der theoretische Begriff Staat, sondern die Frage, was ist der Staat, was lebt in ihm. Kein Land, keine Provinz wird genesen, wenn nicht der Kreis dieser Fragen die letzte Lösung erfährt. Erst dann wird das deutsche Volk wieder den Weg aus der Not finden.

Großfeuer in einem Mecklenburger Dorf

Ludwigslust, 16. Juni. Ein Großfeuer zerstörte heute nachmittag in der Ortschaft Lüblow innerhalb einer Stunde 22 Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Sehr viele Schweine sind verbrannt, ebenso der größte Teil des häuslichen Mobiliars und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen. Die Vögelarbeiten werden durch Wassermangel sehr erschwert. Der Brand wütet noch immer.

Politische Zusammenstöße in Wanne-Eickel

Wanne-Eickel, 16. Juni. In den heutigen Abendstunden kam es zwischen größeren Truppen von Kommunisten und Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen. Es fielen Schüsse. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Messerstich schwer verletzt. Drei weitere Personen wurden leicht verletzt. Bisher wurden sechs an den Schlägereien beteiligte Personen von der Polizei zwangsgestellt. Die Unruhen in der Stadt dauern an.

Werbe- Unterhaltungs-Abend

A. S. V. Groß-Stuttgart

Am Samstag, den 18. Juni im Saalbau „Grüner Baum“ in Altensteig, ausgeführt von der Revue- und Musikabteilung (30 Musiker)

Programm:

- Musikstücke
- Lieder zur Laut:
- Lichtbilder über sportliche Leistungen
- Gymnastik

Alle sporttreibende Vereine, sowie die gesamte Arbeiterschaft wird dazu freundlichst eingeladen.

Der A. S. V. Stuttgart steht an erster Stelle aller sporttreibenden Vereine und bietet volle Gewähr für nur gute Leistungen.

Beginn 8 Uhr. Eintritt: 30 J. Arbeitslose 15 J.

Im Auftrag: G. Hennefarth

Simmersfeld.
Es können jeden Tag
**150 Liter
Frishmilch**

(keine Abendmilch) geliefert werden, das Alter zu 14 J. Ausnahme erteilt jeden Vormittag im „Bad“
Waldelich.

**Sommer-
Sprossen**
werden unter Garantie

durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Mk. 1,60, 2,75. Gegen **Videl, Miteffer** Stärke A.

**Löwen-Drog. Hiller
Altensteig.**

Inferate
erbitten wir uns frühzeitig

Wirt.
Schwarzwald-
Verein
Ortsgruppe
Altensteig

Sonntag, 19. Juni
Wanderung

über Deuren, Schiltmühle
Häufsbrom, Boppelsee,
Gompelschener, Sim-
mersfeld.

Abmarsch 6 Uhr beim alten
Friedhof. Um recht zahlreiche
Beteiligung bittet
der Ausschuss.

Enzthal (Rohrbach)
Eine schöne, 34 Wochen
trächtige

Kalbin

(Rohsch) fest dem Ver-
kauf aus

Christian Koller

Altensteig.
Vieh-, Speise-, Sichter- u. Siedesalz

in neuen 50 Kilo-Säcken, gebe noch solange Vorrat zu den bisherigen Preisen ab, ferner nehme noch weitere Bestellungen von demnächst eintreffendem Waggon entgegen.

NB. Salzsteuer beträgt ab 16. Juli auf den 50 kg Sack M. 6.-

Chr. Burghard Jr.

Kaufen Sie
bei uns

**ULLSTEIN-
BÜCHER**

à **90** Pfg.

und besichtigen Sie unser
Ullstein-Fenster und unsere
große Auswahl Ullsteinbücher

Buchhandlung Lauk, Altensteig



WER PFENNIGE SAT

ERNTET TALER

SPARE

bei der

Städt. Sparkasse Altensteig.

**Technik
für Alle**
Monatshefte für
Technik u. Industrie

12 reichillustrierte Hefte und
4 kostenlose Bücher im Jahr.
Bezugspreis RM 2,25 im Vier-
teljahr. Verlangen Sie kos-
tenlos Probeheft vom Verlag
Dieck & Co, Stuttgart

Eine Zeitschrift,
die belehrt
und unterhält!

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk in Altensteig

Beuren

Danksagung

Während der Krankheit und anlässlich des Hinscheidens unserer lieben, unvergeßlichen Entschlafenen

Friedrike Kalmbach
geb. Kim

darfsten wir so viele, aufrichtige Teilnahme erfahren. Wir danken hierfür herzlich, besonders aber noch für die eindrucksvollen Worte von Herrn Pfarrer Rehm, den schönen Gesang unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Luz, für die Pflege der Krankenschwester Karoline, sowie für die Blumen- und Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Namens der trauernden Hinterbliebenen
der Gatte: **Martin Kalmbach**
mit seinen Kindern

